

No. 34003

**AUSTRIA
and
ROMANIA**

Long-Term Trade Agreement. Signed at Vienna on 24 September 1970

**Supplementary Protocol to the above-mentioned Agreement.
Signed at Bucharest on 11 April 1973**

Authentic texts: German and Romanian.

Registered by Austria on 21 August 1997.

**AUTRICHE
et
ROUMANIE**

Accord commercial à long-terme. Signé à Vienne le 24 septembre 1970

Protocole complémentaire à l'Accord susmentionné. Signé à Bucarest le 11 avril 1973

Textes authentiques : allemand et roumain.

Enregistré par l'Autriche le 21 août 1997.

[GERMAN TEXT — TEXTE ALLEMAND]

LANGFRISTIGES HANDELSABKOMMEN ZWISCHEN DER ÖSTERREICHISCHEN BUNDESREGIERUNG UND DER REGIERUNG DER SOZIALISTISCHEN REPUBLIK RUMÄNIEN

Die Österreichische Bundesregierung und die Regierung der Sozialistischen Republik Rumänien haben, vom Wunsche geleitet, die Wirtschaftsbeziehungen zwischen der Republik Österreich und der Sozialistischen Republik Rumänien zu fördern und auszuweiten, sowie in der Erwägung, daß ein möglichst kontinuierlicher Ablauf des gegenseitigen Handelsverkehrs diesem Ziele dienlich wäre, beschlossen, eine neue langfristige Regelung des Warenaustausches zu vereinbaren, und sind hiezu wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Der Warenverkehr zwischen der Republik Österreich und der Sozialistischen Republik Rumänien wird sich gemäß den allgemeinen Bestimmungen für die Ein- und Ausfuhr, die in jedem der beiden Staaten jeweils in Kraft stehen, sowie auf Grund der nachstehenden Bestimmungen abwickeln.

Artikel 2

Waren, die Gegenstand des beiderseitigen Handelsverkehrs sind, werden auf Grund von Vorschlägen der in Artikel 10 vorgesehenen Gemischten Kommission in Jahresprotokollen samt angeschlossenen Warenlisten festgehalten.

Die diesbezüglichen Vereinbarungen werden vom zuständigen Bundesminister der Republik Österreich und vom zuständigen Minister der Sozialistischen Republik Rumänien getroffen werden.

Artikel 3

Die Vertragschließenden Teile sichern einander im gegenseitigen Warenverkehr hinsichtlich der wohlwollenden und zeitgerechten Prüfung sowie Erledigung der Ein- und Ausfuhranträge die gleiche Behandlung zu, wie sie gegenüber dritten Ländern geübt wird.

Artikel 4

Die Vertragschließenden Teile setzen voraus, daß die gegenseitigen Warenlieferungen zu marktgerechten Preisen erfolgen werden. Im Falle von Schwierigkeiten auf dem Preisgebiet werden die beiderseits zuständigen Stellen versuchen, geeignete Maßnahmen zu ihrer Behebung zu ergreifen.

Artikel 5

Die zuständigen Stellen der Vertragschließenden Teile werden die Durchführung von Transitgeschäften und ähnlichen Transaktionen zwecks Erleichterung und Ausweitung des beiderseitigen Waren- und Zahlungsverkehrs fördern und unterstützen. Sie werden weiters Ansuchen um Bewilligung von Veredlungsverkehren wohlwollend prüfen.

Artikel 6

Die Vertragschließenden Teile werden die wirtschaftliche, industrielle und technische Zusammenarbeit zwischen den Unternehmungen und Organisationen beider Länder fördern und erleichtern.

Artikel 7

Die während der Geltungsdauer des Langfristigen Warenaustauschabkommens zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Sozialistischen Republik Rumänien vom 17. November 1965 für den Zeitraum vom 1. Jänner 1966 bis 31. Dezember 1970 abgeschlossenen beziehungsweise bewilligten Geschäfte werden nach den Bestimmungen des genannten Abkommens abgewickelt werden.

Artikel 8

Die Bestimmungen des vorliegenden Abkommens werden auch nach seinem Außerkrafttreten auf vorher abgeschlossene beziehungsweise bewilligte und noch nicht oder nur teilweise durchgeführte Geschäfte bis zu ihrer vollständigen Abwicklung angewendet werden.

Artikel 9

Der Zahlungsverkehr, der sich aus der Durchführung der in dem vorliegenden Abkommen vorgesehenen Warenlieferungen ergibt, wird gemäß den Bestimmungen des zwischen den Vertragschließenden Teilen am 12. Juli 1950 geschlossenen Zahlungsabkommens in seiner derzeit geltenden Fassung erfolgen. Sollte das genannte Zahlungsabkommen während der Geltungsdauer des Langfristigen Handelsabkommens außer Kraft treten, werden ab diesem Zeitpunkt die

Zahlungen zwischen den beiden Staaten in der sodann vereinbarten Zahlungsmodalität abgewickelt werden.

Artikel 10

Die Vertragsschließenden Teile werden eine aus Vertretern der beiden Regierungen bestehende Gemischte Kommission einsetzen. Diese wird die Aufgabe haben, die Einhaltung und die Durchführung der getroffenen Vereinbarungen zu überprüfen und auf Grund der gemachten Erfahrungen geeignete Maßnahmen zur Verbesserung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Staaten und zur Behebung allfälliger Schwierigkeiten im beiderseitigen Handels- und Zahlungsverkehr anzuregen. Sie wird insbesondere auch Vorschläge zur Abänderung und Ergänzung der Warenlisten erstatten. Weiters wird sie die in Artikel 5 des Abkommens über die industrielle, wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit zwischen der Republik Österreich und der Sozialistischen Republik Rumänien vom 20. Feber 1968 vorgesehenen Aufgaben wahrnehmen.

Die Gemischte Kommission wird jährlich oder auf Wunsch eines der beiden Vertragsschließenden Teile erforderlichenfalls kurzfristig, spätestens jedoch binnen 90 Tagen, zusammentreten.

Die Tagungen der Gemischten Kommission werden abwechselnd in Österreich und Rumänien stattfinden.

Artikel 11

Mit Inkrafttreten des vorliegenden Abkommens verlieren das Langfristige Warenaustauschabkommen zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Sozialistischen Republik Rumänien vom 17. November 1965 für den Zeitraum vom 1. Jänner 1966 bis 31. Dezember 1970 samt Beilagen sowie alle späteren diesbezüglichen Vereinbarungen ihre Gültigkeit. Ausgenommen hievon sind jene Bestimmungen, die sich auf das Zahlungsabkommen vom 12. Juli 1950 beziehen.

Artikel 12

Das vorliegende Abkommen tritt mit 1. Jänner 1971 in Kraft und gilt bis 31. Dezember 1975. Seine Gültigkeit verlängert sich automatisch jeweils um ein weiteres Jahr, wenn nicht ein Vertragsschließender Teil das Abkommen kündigt oder eine andere Vereinbarung getroffen wird.

Eine Kündigung hat spätestens drei Monate vor Ablauf der Geltungsdauer des vorliegenden Abkommens schriftlich auf diplomatischem Wege zu erfolgen.

Zu Urkund dessen haben die Unterzeichneten, von ihren Regierungen hiezu ordnungsgemäß bevollmächtigt, dieses Abkommen unterfertigt und gesiegelt.

Gegeben zu Wien, am 24. September 1970, in zwei Urschriften, jeweils in deutscher und rumänischer Sprache, wobei beide Texte in gleicher Weise verbindlich sind.

Für die Österreichische
Bundesregierung:

STARIBACHER

Für die Regierung
der Sozialistischen Republik Rumänien:

BURTICA

ERGÄNZENDE VEREINBARUNG ZU DEM LANGFRISTIGEN HANDELSABKOMMEN ZWISCHEN DER ÖSTERREICHISCHEN BUNDESREGIERUNG UND DER REGIERUNG DER SOZIALISTISCHEN REPUBLIK RUMÄNIEN VOM 24. SEPTEMBER 1970

Die Österreichische Bundesregierung und die Regierung der Sozialistischen Republik Rumänien haben vereinbart, das Langfristige Handelsabkommen vom 24. September 1970 wie folgt zu ergänzen:

ARTIKEL 1

Die beiden Vertragsschließenden Teile werden sich in ihrem gegenseitigen Warenverkehr von den Bestimmungen des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (GATT) unter Berücksichtigung ihrer Teilnahmebedingungen zu diesem Abkommen sowie vom Langfristigen Handelsabkommen zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Sozialistischen Republik Rumänien vom 24. September 1970 leiten lassen. Die Vertragsschließenden Teile gewähren einander gemäß Artikel I des GATT die Meistbegünstigung.

ARTIKEL 2

Im Hinblick auf die günstigen Bedingungen für die Entwicklung des Handelsverkehrs zwischen der Republik Österreich und der Sozialistischen Republik Rumänien sowie auf die Bestimmungen des Langfristigen Handelsabkommens zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Sozialistischen Republik Rumänien vom 24. September 1970 werden die Vertragsschließenden Teile im Rahmen der in den beiden Staaten bestehenden Rechtsvorschriften jede Maßnahme ergreifen, um einander möglichst günstige Voraussetzungen für eine kontinuierliche Erhöhung des gegenseitigen Warenaustausches einzuräumen.

Zu diesem Zwecke werden bis spätestens 1. Jänner 1975 die mit Artikel XIII des GATT nicht übereinstimmenden mengenmäßigen Beschränkungen völlig beseitigt werden. Bis zu diesem Datum können die bei der Einfuhr von Waren aus Rumänien in den Jahren 1973 und 1974 noch aufrechterhaltenen Kontingente jeweils in doppelter Höhe ausgenützt werden.

ARTIKEL 3

Im Falle einer wesentlichen Verminderung von Ausfuhren im Vergleich zu deren bisheriger Entwicklung behalten sich die beiden Vertragsschließenden Teile das Recht vor, einvernehmliche Maßnahmen zu ergreifen, die eine positive Entwicklung des gegenseitigen Warenaustausches im Sinne des Artikels 1 dieser Vereinbarung sichern.

In einem solchen Falle werden in kürzestmöglicher Zeit bilaterale Besprechungen im Rahmen der Gemischten Kommission zur Beratung einvernehmlicher Maßnahmen zur Sicherung der Entwicklung des Warenaustausches zwischen den beiden Staaten aufgenommen werden. Falls keine einvernehmliche Regelung erzielt werden kann, behält sich die betroffene Seite das Recht vor, Maßnahmen zu ergreifen, um eine weiterhin positive Entwicklung des beiderseitigen Warenaustausches sicherzustellen. In diesem Falle hat auch die andere Seite das Recht, entsprechende Maßnahmen einzuleiten.

ARTIKEL 4

Sollten Entwicklungen eintreten, wie sie im Artikel XIX/1 des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (GATT) beziehungsweise in Ziffer 4 (a) des Beitrittsprotokoll Rumäniens zum GATT definiert sind, so werden bilaterale Konsultationen zwecks Ergreifung einvernehmlicher Maßnahmen zur Beseitigung der entstandenen Schwierigkeiten aufgenommen. Die Vertragsschließenden Teile behalten sich das Recht vor, Maßnahmen gemäß dem Beitrittsprotokoll Rumäniens zum GATT anzuwenden.

ARTIKEL 5

Diese Ergänzende Vereinbarung wird Bestandteil des Langfristigen Handelsabkommens zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Sozialistischen Republik Rumänien vom 24. September 1970.

Geschehen zu Bukarest, am 11. April 1973, rumänischer Sprache, wobei beide Texte in
in zwei Urschriften, jeweils in deutscher und gleicher Weise verbindlich sind.

Für die Österreichische
Bundesregierung:
STARIBACHER

Für die Regierung
der Sozialistischen Republik Rumänien:
AVRAM

[ROMANIAN TEXT — TEXTE ROUMAIN]

ACORD COMERCIAL DE LUNGĂ DURATĂ ÎNTRE GUVERNUL FEDERAL AL AUSTRIEI ȘI GUVERNUL REPUBLICII SOCIALISTE ROMÂNIA

Guvernul Federal al Austriei și Guvernul Republicii Socialiste România, conduse de dorința de a promova și extinde relațiile economice dintre Republica Austria și Republica Socialistă România și ținând seama că o desfășurare cât mai continuă a schimbului reciproc de mărfuri ar servi acestui scop, hotărisc să convină asupra unei noi reglementări de lungă durată a schimbului de mărfuri și pentru aceasta au căzut de acord asupra următoarelor:

Articolul 1

Schimbul de mărfuri între Republica Austria și Republica Socialistă România se va desfășura conform reglementărilor generale pentru import și export, în vigoare în fiecare din cele două state, precum și în baza următoarelor prevederi:

Articolul 2

Mărfurile, care constituie obiectul schimbului reciproc, vor fi stabilite pe baza propunerilor Comisiei Mixte, prevăzută la articolul 10, în protocoale anuale, împreună cu liste de mărfuri anexate.

Înțelegerile respective vor fi stabilite de către ministrul federal competent al Republicii Austria și de către ministrul competent al Republicii Socialiste România.

Articolul 3

Cele două părți contractante își asigură, una față de cealaltă, în schimbul reciproc de mărfuri, același tratament pe care îl aplică în relația cu terțele țări în ceea ce privește examinarea și rezolvarea cu bunăvoință și la timp a cererilor de import și de export.

Articolul 4

Părțile contractante pleacă de la premiza că livrările reciproce de mărfuri se vor efectua la prețurile pieții. În caz de dificultăți în domeniul prețurilor, forurile competente ale ambelor părți vor încerca să ia măsuri potrivite pentru înlăturarea lor.

Articolul 5

Forurile competente ale părților contractante vor promova și sprijini realizarea de operațiuni în tranzit și tranzacții similare în scopul ușurării și lărgirii schimbului reciproc de mărfuri și de plăți. În continuare, vor examina cu bunăvoință cererile pentru aprobarea operațiunilor de preluare.

Articolul 6

Părțile contractante vor promova și facilita cooperarea economică, industrială și tehnică între întreprinderile și organizațiile ambelor țări.

Articolul 7

Operațiunile care au fost încheiate, respectiv aprobate în perioada de valabilitate a Acordului de schimb de mărfuri între Guvernul Federal al Austriei și Guvernul Republicii Socialiste România din 17 noiembrie 1965, pentru perioada 1 ianuarie 1966 până la 31 decembrie 1970, se vor derula în conformitate cu prevederile numelui Acord.

Articolul 8

Prevederile prezentului Acord vor fi aplicate și după expirarea valabilității sale, operațiunilor încheiate respectiv aprobate și încă neexecutate sau numai parțial realizate, până la completa lor derulare.

Articolul 9

Schimbul de plăți care rezultă din efectuarea livrărilor de mărfuri prevăzute în prezentul Acord se va face conform prevederilor Acordului de plăți încheiat între părțile contractante la 12 iulie 1950, în forma sa actual valabilă. În cazul în care numitul Acord de plăți va ieși din vigoare în perioada valabilității Acordului comercial de lungă durată, începând de la acea dată, plățile dintre ambele state se vor derula atunci în modalitatea de plăți ce se va conveni.

Articolul 10

Părțile contractante vor institui o Comisie Mixtă compusă din reprezentanții ambelor guverne. Aceasta va avea sarcina să examineze respectarea și executarea înțelegerilor stabilite și să stimuleze pe baza experienței dobândite, luarea de măsuri potrivite pentru, îmbunătățirea relațiilor economice între ambele state și pentru înlăturarea eventualelor dificultăți în schimburile comerciale și de plăți reciproce.

Ea va face în special și propuneri pentru modificarea și completarea listelor de mărfuri.

În continuare, ea va ține cont și de sarcinile prevăzute la articolul 5 din Acordul de cooperare industrială, economică și tehnică dintre Republica Austria și Republica Socialistă România din 20 februarie 1968.

Comisia Mixtă se va întruni anual sau, în cazul când va fi nevoie, la dorința uneia din cele două părți contractante într-un termen scurt, însă cel mai târziu în decurs de 90 de zile.

Sedințele Comisiei Mixte vor avea loc, alternativ în Austria și România.

Articolul 11

Odată cu intrarea în vigoare a prezentului Acord, își pierde valabilitatea atât Acordul de

schimburi de mărfuri pe termen lung între Guvernul Federal al Austriei și Guvernul Republicii Socialiste România din 17 noiembrie 1965, pentru perioada 1 ianuarie 1966 până la 31 decembrie 1970, împreună cu toate anexele, cit și toate înțelegerile ulterioare referitoare la acesta. Excepție de la aceasta fac acele prevederi care se referă la Acordul de plăți din 12 iulie 1950.

Articolul 12

Prezentul Acord intră în vigoare de la 1 ianuarie 1971 și este valabil până la 31 decembrie 1975. Valabilitatea sa se prelungește automat cu cîte încă un an, dacă una din părțile contractante nu denunță Acordul, sau dacă nu se va stabili o altă înțelegere.

O denunțare, se face în scris, pe cale diplomatică, cu cel mai târziu 3 luni înainte de expirarea valabilității prezentului Acord.

Drept pentru care, subsemnații, fiind împuterniciți de guvernele lor în acest scop, am semnat și sigilat acest Acord.

Intocmit la Viena la 24 septembrie 1970, fiecare în două exemplare originale, în limba germană și română, ambele texte sînt în aceeași măsură obligatorii.

Pentru Guvernul
Federal al Austriei:

STARIBACHER

Pentru Guvernul
Republicii Socialiste România:

BURTICA

CONVENȚIE ADIȚIONALĂ LA ACORDUL COMERCIAL DE LUNGĂ DURATĂ ÎNTRE GUVERNUL REPUBLICII SOCIALISTE ROMÂNIA ȘI GUVERNUL FEDERAL AL AUSTRIEI, DIN 24 SEPTEMBRIE 1970

Guvernul Republicii Socialiste România și Guvernul Federal al Austriei au convenit să completeze Acordul comercial de lungă durată din 24 septembrie 1970, după cum urmează:

ARTICOLUL 1

Ambele Părți contractante se vor conduce în schimbul reciproc de mărfuri după prevederile Acordului General pentru Tarife și Comerț (GATT), luând în considerare condițiile lor de participare la acest Acord, precum și după Acordul comercial de lungă durată între Guvernul Republicii Socialiste România și Guvernul Federal al Austriei din 24 septembrie 1970.

Părțile contractante își acordă reciproc, conform articolului I al GATT, clauza națiunii celei mai favorizate.

ARTICOLUL 2

Având în vedere condițiile favorabile pentru dezvoltarea schimburilor comerciale între Republica Socialistă România și Republica Austria, precum și prevederile Acordului comercial de lungă durată dintre Guvernul Republicii Socialiste România și Guvernul Federal al Austriei din 24 septembrie 1970. Părțile contractante vor lua orice măsură, în cadrul prevederilor legale existente în ambele state, pentru a crea, una față de cealaltă, premisele cele mai avantajoase posibile pentru o mărire continuă a schimburilor reciproc de mărfuri.

În acest scop, până cel târziu la 1 ianuarie 1975, vor fi complet eliminate restricțiile cantitative neconforme cu articolul 13 GATT. Până la această dată, contingentele care vor mai fi menținute, în anii 1973 și 1974 la importul de mărfuri din România, vor putea fi utilizate la nivel dublu.

ARTICOLUL 3

În cazul unei scăderi substanțiale a exporturilor în comparație cu evoluția de până acum, ambele Părți contractante își rezervă dreptul să ia măsuri, de comun acord, care să asigure o evoluție pozitivă a schimburilor reciproc de mărfuri în sensul articolului 1 al acestei Convenții.

Într-un astfel de caz, vor fi reluate în cel mai scurt timp posibil convorbiri bilaterale în cadrul Comisiei mixte pentru discutarea măsurilor de comun acord, în vederea dezvoltării schimburilor de mărfuri între ambele state. În caz că nu poate fi obținută o reglementare de comun acord, Partea lezată își rezervă dreptul să adopte măsuri în vederea asigurării unei dezvoltări pozitive a schimburilor reciproc de mărfuri. În acest caz și cealaltă Parte are dreptul să introducă măsuri corespunzătoare.

ARTICOLUL 4

În situația în care ar surveni fenomene de felul celor definite în art. XIX/1 al Acordului General pentru Tarife și Comerț (GATT), respectiv în pct. 4 (a) al Protocolului de aderare a României la GATT, se va proceda la consultări bilaterale între Părțile contractante, în vederea luării de măsuri de comun acord pentru înlăturarea greutăților ivite. Părțile contractante își rezervă dreptul să aplice măsuri conform Protocolului de aderare a României la GATT.

ARTICOLUL 5

Această Convenție devine parte componentă a Acordului comercial de lungă durată între Guvernul Republicii Socialiste România și Guvernul Federal al Austriei, din 24 septembrie 1970.

Intocmită la, București, la 11 aprilie 1973, și limba germană, fiecare text fiind în egală
în două exemplare originale, în limba română măsură obligatoriu.

Pentru Guvernul
Republicii Socialiste România:

AVRAM

Pentru Guvernul
Federal al Austriei:

STARIBACHER

[TRANSLATION — TRADUCTION]

LONG-TERM TRADE AGREEMENT¹ BETWEEN THE FEDERAL
GOVERNMENT OF AUSTRIA AND THE GOVERNMENT OF
THE SOCIALIST REPUBLIC OF ROMANIA

The Federal Government of Austria and the Government of the Socialist Republic of Romania, desiring to promote and expand economic relations between the Republic of Austria and the Socialist Republic of Romania, and considering that this purpose would be served by as continuous a flow as possible of trade between the two countries, have resolved to agree on a new long-term arrangement for trade and have agreed as follows:

Article 1

Trade between the Republic of Austria and the Socialist Republic of Romania shall be conducted in accordance with the general provisions governing imports and exports in effect in the two countries and with the provisions specified hereinafter.

Article 2

Goods traded between the two countries shall, at the suggestion of the Joint Commission provided for in Article 10, be recorded in the annual minutes together with attachments listing the goods.

Agreements regarding these goods shall be reached by the corresponding Federal Minister of the Republic of Austria and the competent Minister of the Socialist Republic of Romania.

Article 3

The Contracting Parties undertake to grant each other the same treatment in trade between the two countries with respect to the benevolence and timeliness of inspection and fulfilment of import and export orders as they do to third countries.

Article 4

The Contracting Parties assume that goods traded between the two countries are effected at market prices. In the event of any difficulties with respect to pricing, the competent authorities of both sides shall attempt to take appropriate measures to overcome them.

Article 5

The competent authorities in the Contracting Parties shall promote and support the carrying out of transit trading and similar transactions designed to facilitate and expand reciprocal trade and payments transactions. They shall also look favourably at requests for cross-border commission processing permits.

¹ Came into force on 1 January 1971 in accordance with article 12.

Article 6

The Contracting Parties shall promote and facilitate economic, industrial and technical co-operation between the enterprises and organisations of the two countries.

Article 7

Business transactions concluded or authorised during the time when the long-term trade agreement of 17 November 1965 between the Federal Republic of Austria and the Government of the Socialist Republic of Romania was in force for the period from 1 January 1966 to 31 December 1970 shall be governed by the provisions of that Agreement.

Article 8

The provisions of this Agreement shall, even after it ceases to be in effect, apply to previously reached or authorised business transactions that have not been carried out, or have only partially been carried out, until they have been fully executed.

Article 9

Payment transactions in connection with the trade provided for under this Agreement shall be conducted in accordance with the provisions of the payments agreement between the Contracting Parties of 12 July 1950 in the version in force at the time. If that payments agreement should expire while the long-term trade agreement is still in force, payments between the two States from then on shall take the form agreed upon by the two Parties.

Article 10

The Contracting Parties shall establish a Joint Commission comprised of representatives of the two Governments. Its task shall be to see that agreements reached are kept to and carried out and, on the basis of the experience it acquires, to encourage appropriate measures to improve economic relations between the two States and to overcome any difficulties in trade and payments transactions between the two States. It shall in particular make suggestions regarding amendments and extensions to the lists of goods. It shall also fulfil the tasks contemplated in Article 5 of the Agreement on industrial, economic and technical co-operation between the Republic of Austria and the Socialist Republic of Romania on 20 February 1968.

The Joint Commission shall meet annually or, at the request of one of the two Contracting Parties, if necessary, at short notice, and within 90 days at the latest.

Meetings of the Joint Commission shall be held, alternately, in Austria and Romania.

Article 11

When this Agreement enters into force, the long-term trade agreement between the Federal Government of Austria and the Government of the Socialist Republic of Romania of 17 November 1965 for the period between 1 January 1966 and 31 December 1970, its attachments, and all subsequent agreements on these matters shall cease to be in effect, with the exception of those provisions referring to the payments agreement of 12 July 1950.

Article 12

This Agreement shall enter into force on 1 January 1971 and remain in force until 31 December 1975. Its period of validity shall be automatically extended for successive periods of one year unless one of the Contracting Parties denounces it or another Agreement is reached.

A denunciation, in writing and through the diplomatic channel, shall be made no later than three months before the period of validity of this Agreement expires.

IN WITNESS WHEREOF, the undersigned, duly authorised to do so by their Governments, have signed and sealed this Agreement.

DONE at Vienna on 24 September 1970, in two originals, in the German and Romanian languages, both texts being equally binding.

For the Federal Government
of Austria:

STARIBACHER

For the Government
of the Socialist Republic of Romania:

BURTICA

[TRANSLATION — TRADUCTION]

SUPPLEMENTARY PROTOCOL TO THE LONG-TERM TRADE AGREEMENT BETWEEN THE FEDERAL GOVERNMENT OF AUSTRIA AND THE GOVERNMENT OF THE SOCIALIST REPUBLIC OF ROMANIA CONCLUDED ON 24 SEPTEMBER 1970

The Federal Government of Austria and the Government of the Socialist Republic of Romania have completed the Long-term Trade Agreement concluded on 24 September 1970 as follows:

Article 1

In trade, the Contracting Parties are guided by the provisions of the General Agreement on Tariffs and Trade (GATT), taking into account the conditions of their participation in that Agreement, and by the Long-term Agreement between the Federal Government of Austria and the Government of the Socialist Republic of Romania concluded on 24 September 1970. In pursuance of article I of GATT, the Contracting Parties mutually agree on the most-favoured-nation clause.

Article 2

Considering the favourable conditions for development derived from trade activity between the Republic of Austria and the Socialist Republic of Romania and also considering the provisions of the Long-term Trade Agreement between the Federal Government of Austria and the Government of the Socialist Republic of Romania, concluded on 24 September 1970, the Contracting Parties will undertake all measures authorized by the legislation of the two States to fulfil all the best possible conditions with a view to increasing regularly commercial exchanges.

To that end, the limitations on quantity incompatible with article XIII of the GATT will be deleted entirely on 1 January 1975 at the latest. Until that date, the quotas for the years 1973 and 1974, which are still in force for merchandise imported from Romania, may be doubled.

Article 3

In the case of an important decrease in exports in comparison with preceding activities, the two Contracting Parties reserve the right to act together to guarantee a positive evolution of commercial exchanges according to article I of the Protocol.

In this case, bilateral consultations will be undertaken as rapidly as possible within the framework of the Joint Commission to decide together on the measures which will guarantee the development of commercial exchanges between the two States. In the absence of consensus, the Contracting Party concerned reserve the right to take measures so that the commercial exchanges continue to develop in a satisfactory manner. In this case, the other Contracting Party will act accordingly.

Article 4

Bilateral consultations will be undertaken to establish measures eliminating difficulties when situations arise such as those defined in article XIX (1) of the

GATT or in item 4 (a) of the Protocol of Admission of Romania to the GATT. The Contracting Parties reserve the right to apply measures to the terms of the Protocol of Admission of Romania to the GATT.

Article 5

The Supplementary Protocol is an integral part of the Long-term Trade Agreement between the Federal Government of Austria and the Government of the Socialist Republic of Romania concluded on 24 September 1970.

DONE at Bucharest on 11 April 1973 in two original copies, one in the German language and the other in the Romanian language, the two texts equally binding.

For the Federal Government
of Austria:

STARIBACHER

For the Government
of the Socialist Republic of Romania:

AVRAM

[TRADUCTION — TRANSLATION]

ACCORD¹ COMMERCIAL À LONG TERME ENTRE LE GOUVERNEMENT FÉDÉRAL AUTRICHIEN ET LE GOUVERNEMENT DE LA RÉPUBLIQUE SOCIALISTE DE ROUMANIE

Le Gouvernement fédéral autrichien et le Gouvernement de la République socialiste de Roumanie, guidés par la volonté de renforcer et d'intensifier les relations économiques entre la République d'Autriche et la République socialiste de Roumanie, et convaincus que le déroulement régulier de l'activité commerciale réciproque favorise la réussite de cette mission, ont décidés à convenir un nouveau arrangement pour l'activité commerciale et sont convenus de ce qui suit :

Article premier

L'échange de marchandises entre la République d'Autriche et la République socialiste de Roumanie s'effectue selon les dispositions générales pour les importations et les exportations en vigueur dans chacun des deux Etats et selon les dispositions présentées ci-après.

Article 2

Sur la base des propositions faites par la Commission mixte prévue par l'article 10, les produits qui font l'objet de l'échange de marchandises aux termes du présent Accord sont inscrits sur des protocoles établis annuellement et accompagnés de listes de produits.

Les mises au point nécessaires sont faites par le Ministre fédéral compétent de la République d'Autriche et par le Ministre compétent de la République socialiste de Roumanie.

Article 3

En ce qui concerne l'échange de marchandises, les Parties contractantes s'accordent mutuellement le même traitement qu'aux pays tiers lors des vérifications entreprises dans un esprit de coopération et dans les délais prévus, ainsi que lors du traitement des demandes d'importation et d'exportation.

Article 4

Les Parties contractantes conviennent que leurs livraisons de marchandises s'effectuent aux prix du marché. En cas de difficulté causée par les coûts, les services compétents des deux Parties contractantes tentent de résoudre la situation avec les moyens appropriés.

Article 5

Les autorités compétentes des Parties contractantes encouragent et soutiennent le déroulement des opérations de transit et les transactions semblables effectuées pour faciliter et augmenter les échanges de marchandises et les paiements. De

¹ Entré en vigueur le 1^{er} janvier 1971, conformément à l'article 12.

plus, elles examinent avec bienveillance les demandes d'autorisation pour le trafic des produits sous régime du perfectionnement actif.

Article 6

Les Parties contractantes encouragent et facilitent la coopération économique, industrielle et technique entre les entreprises et les organisations des deux pays.

Article 7

Les transactions conclues ou autorisées pour la période allant du 1^{er} janvier 1966 au 31 décembre 1970 dans le cadre de l'Accord commercial à long terme conclu le 17 novembre 1965 entre le Gouvernement fédéral autrichien et le Gouvernement de la République socialiste de Roumanie sont régies par l'Accord mentionné.

Article 8

Même après la résiliation du présent Accord, ses dispositions restent en vigueur dans le cas de transactions conclues ou autorisées antérieurement et dont la réalisation est toujours en cours.

Article 9

Les transferts relatifs aux paiements résultant des livraisons de marchandises effectuées aux termes du présent Accord sont régis par les dispositions de la version valable actuellement de l'Accord de financement conclu entre les Parties contractantes le 12 juillet 1950. Au cas où l'Accord de financement mentionné deviendrait caduc pendant la durée de validité de l'Accord commercial à long terme, les paiements entre les deux Etats sont effectués selon les modalités de paiement décidées à ce moment-là.

Article 10

Les Parties contractantes établissent une Commission mixte composée de représentants des deux Gouvernements. Celle-ci est chargée de veiller au respect et à l'application des dispositions convenues et de proposer des mesures appropriées pour améliorer les relations économiques entre les deux Etats et pour remédier à d'éventuelles difficultés dans les échanges de marchandises et les paiements. Tout particulièrement, cette Commission doit formuler des propositions pour modifier ou compléter les listes de produits. De plus, elle est chargée de veiller au respect des engagements pris dans l'article 5 de l'Accord sur la coopération industrielle, économique et technique, conclu le 28 février 1968 entre la République d'Autriche et la République socialiste de Roumanie.

La Commission mixte se réunit annuellement ou, à la demande de l'une des Parties contractantes, rapidement en cas de besoin, et ce, dans un délai maximum de 90 jours.

Les réunions de la Commission mixte ont lieu en Autriche et en Roumanie alternativement.

Article 11

L'entrée en vigueur du présent Accord met fin à la validité de l'Accord commercial à long terme conclu le 17 novembre 1965 entre le Gouvernement fédéral autrichien et le Gouvernement de la République socialiste de Roumanie pour la période du 1^{er} janvier 1966 au 31 décembre 1970, de ses Annexes ainsi que de tous

les arrangements ultérieurs y afférents. Toutefois, les dispositions qui sont basées sur l'Accord de financement du 12 juillet 1950 ne sont pas concernées par cette invalidation.

Article 12

Le présent Accord entre en vigueur le 1^{er} janvier 1970 et il reste en vigueur jusqu'au 31 décembre 1975. Sa validité est prolongée automatiquement pour une année supplémentaire à chaque fois, à moins que l'une des Parties contractantes le dénonce ou qu'un autre Accord soit décidé.

La notification écrite de la résiliation est transmise par voie diplomatique trois mois au moins avant la fin de la période de validité.

EN FOI DE QUOI, les signataires, à ce dûment autorisés par leurs Gouvernements respectifs, ont signé le présent Accord et apposé leur sceau.

FAIT à Vienne le 24 septembre 1970 en deux versions originales, respectivement en langue allemande et en langue roumaine, les deux textes faisant également foi.

Pour le Gouvernement
fédéral d'Autriche :

STARIBACHER

Pour le Gouvernement
de la République socialiste de Roumanie :

BURTICA

[TRADUCTION — TRANSLATION]

PROTOCOLE COMPLÉMENTAIRE À L'ACCORD COMMERCIAL À
LONG TERME ENTRE LE GOUVERNEMENT FÉDÉRAL
AUTRICHIEN ET LE GOUVERNEMENT DE LA RÉPUBLIQUE
SOCIALISTE DE ROUMANIE CONCLU LE 24 SEPTEMBRE 1970

Le Gouvernement fédéral autrichien et le Gouvernement de la République socialiste de Roumanie ont complété l'Accord commercial à long terme conclu le 24 septembre 1970 de la façon suivante :

Article premier

Dans leurs échanges de marchandises, les Parties contractantes sont guidées par les dispositions de l'Accord général sur les tarifs douaniers et le commerce (GATT), compte tenu des conditions de leur participation à cet Accord et par l'Accord commercial à long terme entre le Gouvernement fédéral autrichien et le Gouvernement de la République socialiste de Roumanie conclu le 24 septembre 1970. Aux termes de l'Article I du GATT, les Parties contractantes s'accordent mutuellement la clause de la nation la plus favorisée.

Article 2

Au vu des conditions favorables au développement de l'activité commerciale entre la République d'Autriche et la République socialiste de Roumanie et en considérant les dispositions de l'Accord commercial à long terme entre le Gouvernement fédéral autrichien et le Gouvernement de la République socialiste de Roumanie conclu le 24 septembre 1970, les Parties contractantes prennent toutes les mesures autorisées par la législation des deux Etats pour réunir les meilleures conditions possibles en vue d'augmenter régulièrement les échanges commerciaux.

A cet effet, les limitations de quantité incompatibles avec l'Article XIII du GATT seront entièrement supprimées le 1^{er} janvier 1975 au plus tard. Jusqu'à cette date, les contingents pour les années 1973 et 1974 qui sont toujours en vigueur pour les marchandises importées de Roumanie peuvent être doublés.

Article 3

En cas de diminution importante des exportations par rapport aux activités précédentes, les deux Parties contractantes se réservent le droit d'agir de concert pour garantir une évolution positive des échanges commerciaux selon l'article premier du présent Protocole.

Dans ce cas, des consultations bilatérales sont entamées le plus rapidement possible dans le cadre de la Commission mixte pour décider en commun des mesures qui garantissent le développement des échanges commerciaux entre les deux Etats. En l'absence de consensus, la Partie contractante concernée se réserve le droit de prendre des mesures pour que les échanges commerciaux continuent à se développer de façon satisfaisante. Dans ce cas, l'autre Partie contractante peut agir en conséquence.

Article 4

Des consultations bilatérales sont entamées afin de décider des mesures éliminant les difficultés lorsque se présentent des situations comme celles définies dans l'Article XIX/1 du GATT ou dans le point 4, *a*, du Protocole d'admission de la Roumanie au GATT. Les Parties contractantes se réservent le droit d'appliquer les mesures aux termes du Protocole d'admission de la Roumanie au GATT.

Article 5

Le Protocole complémentaire devient partie intégrante de l'Accord commercial à long terme entre le Gouvernement fédéral autrichien et le Gouvernement de la République socialiste de Roumanie conclu le 24 septembre 1970.

FAIT à Bucarest le 11 avril 1973 en deux exemplaires originaux, l'un en langue allemande et l'autre en langue roumaine, les deux textes faisant également foi.

Pour le Gouvernement
fédéral autrichien :

STARIBACHER

Pour le Gouvernement
de la République socialiste de Roumanie :

AVRAM
